

Protokoll



22. Sitzung vom 6. Juli 2020

rsa

Seite 505

Behörde	Gemeinderat
Traktanden	Siehe unten
Sitzungsdatum/Zeit	Montag, 6. Juli 2020, 19.00 Uhr - 20.40 Uhr
Sitzungsort	Kulturhalle Glärnisch, Glärnischstrasse 5
Teilnehmende	31 Mitglieder des Gemeinderats, 7 Mitglieder des Stadtrats und die Stadtschreiberin, der Ratssekretär und dessen Stellvertreterin sowie der Ratsweibel
Entschuldigte	Gabi Bachmann Claudia Bühlmann Mona Fahmy Daniel Willi

Traktanden

1. Mitteilungen
2. Abnahme der Rechnung der politischen Gemeinde für das Jahr 2019
3. Abnahme des Geschäftsberichts des Stadtrats für das Jahr 2019
4. Antrag zur Einsetzung einer Spezialkommission für die Revision der Gemeindeordnung
5. Postulat der Fraktion der Grünen, vom 31. Mai 2020, betreffend eine Busverbindung zwischen Aamüli, Horgen und Hintere Rüti, Wädenswil; Begründung

(Die Traktandenliste wurde rechtzeitig am 26. Juni 2020 in der ZSZ amtlich publiziert.)

(Keine Einwendungen gegen die Traktandenliste.)

1. Mitteilungen

(Gemeinderatspräsident Ernst Grand begrüsst die Anwesenden ganz herzlich zur heutigen Gemeinderatssitzung.)

Gemeinderatspräsident Ernst Grand: Wiederum ist ein Rednerpult vorhanden. Letztes Mal gab es keine Plastikschrütze für das Mikrofon. Dies ist nun geändert worden. Für jeden hat es einen Plastikschrütze. Wenn ihr ans Rednerpult kommt, nehmt einen Plastikschrütze aus

dem blauen Säcklein, stülpt ihn über das Mikrofon und nimmt in wieder mit, wenn ihr an euren Platz zurückkehrt, damit bei einem weiteren Votum eurerseits der gleiche Plastikschatz wiederverwendet werden kann.

1.1 Überweisungen

Keine.

1.2 Eingänge

- Bericht und Antrag zur Rechnung 2019 der politischen Gemeinde und zum Geschäftsbericht des Stadtrats für das Jahr 2019
 - Schriftliche Anfrage der CVP-Fraktion, vom 15. Mai 2020, betreffend „Corona-Massnahmen in Wädenswil“
 - Schriftliche Anfrage der FDP/GLP-Fraktion, vom 4. Juni 2020, betreffend Parkhaus Schulhaus Rotweg
 - Interpellation der SP-Fraktion, vom 3. Juni 2020, zum Städtischen Bauland in Wädenswil
 - Postulat der Fraktion der Grünen, vom 31. Mai 2020, betreffend eine Busverbindung zwischen Aamüli, Horgen und Hintere Rüti, Wädenswil
 - Schriftliche Anfrage der FDP/GLP-Fraktion, vom 27. Mai 2020, betreffend „Städtische Liegenschaften-Bewirtschaftung“
 - Sitzplan Gemeinderat 2020/2021
-

10.06

2. Abnahme der Rechnung der politischen Gemeinde für das Jahr 2019

(Gemäss Art. 25 Abs. 2 Geschäftsreglement GR entfällt die Eintretensdebatte.)

Detailberatung:

Präsident der GRPK, Christian Gross, SP: Am 14. Mai 2020 ist der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission die Rechnung 2019 durch Walter Münch und Stefan Müller präsentiert worden. Ein Dank geht an diese beiden und an die ganze Verwaltung für die gute Zusammenarbeit und die Beantwortung aller Fragen.

Die Rechnungsprüfung hat dieses Jahr unter erschwerten Umständen stattgefunden. Das sieht man anhand der Daten. Normalerweise findet die Präsentation etwa zwei Monate früher statt und auch die Abnahme im Rat ist normal etwas früher traktandiert. Corona hat den Zeitplan ziemlich durcheinandergebracht. Die Schwierigkeiten bei der Rechnungsprüfung gehen jedoch über Corona hinaus. 2019 ist für Wädenswil ein etwas spezielles Jahr gewesen. Flächen- und einwohnermässig ist Wädenswil aufgrund des Zusammenschlusses mit Schönenberg und Hütten gewachsen. Das macht ein Vergleich mit Vorjahreszahlen, der

normalerweise gemacht wird, eher schwierig. Zudem hat auch das Rechnungslegungsmodell geändert. Neu wird mit dem sogenannten HRM2 gearbeitet und diverse Kosten werden anders bzw. neu verbucht. Insbesondere gibt es sehr viel mehr Verbuchungen zwischen den Abteilungen. Die Verwaltung muss damit noch Erfahrungen sammeln. Auch hier ist ein Vergleich zum Vorjahr fast unmöglich. Wenn man die Rechnung 2019 beurteilen will, kann fast nur ein Vergleich zum Budget 2019 gezogen werden und nicht zu den Rechnungen 2018 und 2017, da diese sehr unterschiedlich waren. Auf den aller ersten Blick ist die Rechnung 2019 sehr positiv. CHF 5.5 Mio. Ertragsüberschuss sind doch wunderbar. Es gibt jedoch drei Probleme. Das erste ist, dass im Budget sogar CHF 6.9 Mio. budgetiert worden sind. Im Vergleich zum Budget hat Wädenswil also deutlich schlechter abgeschlossen als prognostiziert. Der zweite Punkt hat mit der Eingemeindung zu tun. Für die Eingemeindung hat Wädenswil einen massiven Betrag in der Höhe von CHF 7.6 Mio. vom Kanton erhalten. Ohne das Geld vom Kanton hätte die Rechnung nicht gut abgeschlossen, sogar negativ. Das dritte Problem beim Ertragsüberschuss ist, dass wir in der Investitionsrechnung CHF 22.3 Mio. Investitionen haben, aber nur CHF 7.2 Mio. Abschreibungen. Das Verwaltungsvermögen steigt massiv, was einerseits gut ist. Es wird mehr gebaut und die Stadt hat mehr Gebäude beispielsweise mehr Schulraum. Andererseits ist es auch schlecht, da die Differenz durch die Abschreibungen die Rechnungen der nächsten Jahre belasten wird.

Aus der Vogelperspektive ist zu sehen, dass der Personalaufwand um rund CHF 2.0 Mio., das sind etwa 4%, höher ausgefallen ist, als budgetiert. Auf der Einnahmeseite ist es etwas erfreulicher. Die Steuern nehmen zu, und zwar nicht wie in den Vorjahren durch Sondereffekte bei der Quellensteuer, diese sind aufgearbeitet, sondern es kommen wirklich mehr Steuern herein. Auch das tönt besser als es ist, da im Rest des Kantons der Anstieg nicht im gleichen Mass ausgefallen ist. Somit erhält Wädenswil weniger Geld aus dem Finanzausgleich. Dies macht die schöne Zahl der Steuern über den Gesamtbetrag wieder kaputt. Zu den Details der einzelnen Abteilungen werden meine Kolleginnen und Kollegen aus der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission sich noch zu Wort melden.

Ich will noch auf einen Punkt eingehen, der in der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission zu vielen Diskussionen geführt hat. Dabei handelt es sich um den hintersten Teil im blauen Buch, den sogenannten FLAG-Zielen. Diese sind eigentlich etwas sehr Schönes, da politische Zielsetzungen festgeschrieben werden können und sie messbar machen. Das ist eigentlich eine schöne Idee. Das Problem ist jedoch, dass wir das Gefühl haben, dass der Stadtrat diesen Teil stiefmütterlich behandelt. Häufig sind die Zielsetzungen zwar schön, was jedoch konkret gemessen wird, ist aber eher etwas dürftig. Ein Beispiel aus der Abteilung Planen und Bauen, das jedoch auch bei diversen anderen Abteilungen vorkommt. Ein Ziel lautet: "Erhalten eines attraktiven Stadtbilds mit vielfältigen, standort- und benutzergerechten Grünflächen". Als Indikatoren/Standards sind definiert worden: "Die öffentlichen Grünflächen nehmen gesamthaft nach Möglichkeit nicht ab. Flächen mit naturnaher Bepflanzung nehmen zu." Nun könnte erwartet werden, dass in der Rechnung detailliert ausgewiesen wird, wie das Ziel erreicht worden ist. Als Kommentar in der Jahresrechnung steht jedoch nur "knapp erreicht". Auf Nachfrage hat sich sogar herausgestellt, dass das Ziel nicht erreicht worden ist, da der Teil, dass Flächen mit naturnaher Bepflanzung zu nehmen, gar nicht stattgefunden hat. Das macht es schwierig, die FLAG-Ziele als Instrumente wirklich ernst zu nehmen, wenn sie derart stiefmütterlich und knapp behandelt werden. Wir freuen uns, wenn dies in Zukunft etwas ernster gemacht wird.

Mitglied der GRPK, Cornelia Dätwyler, FDP: Ich möchte mich im Namen der Fraktion bei der Abteilung Finanzen für die Erstellung der Jahresrechnung und die aufschlussreiche Präsentation von Stadtrat Walter Münch und Stefan Müller, Leiter Finanzen, in der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission bedanken.

Die Jahresrechnung weist einen Gesamtaufwand von CHF 196.8 Mio. und einen Gesamtertrag von CHF 202.3 Mio. auf. Es ist erfreulich, dass die Stadt positiv abschliessen konnte. In der Fraktion haben wir aber trotzdem darüber diskutiert, ob wir die Rechnung überhaupt genehmigen wollen. Anlass dazu ist das unaufhörliche Kostenwachstum der Abteilung Schule und Jugend, insbesondere bei der Primarschule. Die Rechnung in dieser Abteilung schliesst erneut wieder massivst schlechter ab als budgetiert. Jetzt sind es CHF 2.46 Mio., die man darüber hinausgeschossen ist. Zum Vergleich, die Steuerkraft in Wädenswil beträgt pro Einwohner CHF 3'415.--. Die ganzen Steuereinnahmen von sage und schreibe 720 Einwohnern braucht es, um alleine nur diese Budgetüberschreitung zu bezahlen. Die Fraktion muss feststellen, dass es der Leitung, der Schulleitung und der Schulpflege offensichtlich an entsprechendem Kostenbewusstsein fehlt und diese Stellen Führungsschwäche zeigen. So kann es nicht mehr weitergehen. Jetzt sind endlich Massnahmen zu ergreifen, um das Problem schleunigst in den Griff zu bekommen. Leider schliesst auch die Freizeitanlage schlechter ab als budgetiert. Auffällig ist insbesondere, dass die Einnahmen aus Kursgeldern erneut bescheiden sind und nicht einmal den im Budget erwarteten Betrag erreichen. Offensichtlich haben die mit der Soziokultur gemachten Umstrukturierungen bei der Freizeitanlage keine Verbesserungen bewirkt.

Die Fraktion spricht sich heute für die Genehmigung der Rechnung aus. Sie ist ja auch korrekt erstellt. Aber die Abteilung Schule und Jugend sei jetzt schon vorgewarnt. Für das nächste Budget wird jede Position hinterfragt und genauestens auf ihre Notwendigkeit hin geprüft.

Mitglied der GRPK, Martin Schlatter, EVP: Als Fraktionserklärung der EVP möchte ich kurz ein paar allgemeine Gedanken zur Rechnung 2019 äussern. Wie der Stadtrat ist auch die Fraktion der EVP der Meinung, dass der positive Rechnungsabschluss ein respektables und erfreuliches Resultat darstellt. Die Budgetierung für die vergrösserte Gemeinde mit der gleichzeitigen Einführung von HRM2 ist eine grosse Herausforderung gewesen. Diese zu bewältigen, ist nicht in allen Bereichen gleich gut gelungen. Aber über alles gesehen dürfen wir zufrieden sein. Unsere Fraktion bedankt sich bei allen Abteilungen für die grosse geleistete Arbeit und ihren Beitrag zu diesem Ergebnis.

Auch wenn wir von allen Abteilungen, auch von der Schule, ein möglichst realistisches Budget erwarten, damit bei der Rechnung keine Überraschungen mehr auftreten, hat sich einmal mehr gezeigt, dass eine genaue Budgetierung dort besonders schwierig ist, wo direkt mit Menschen gearbeitet wird. Wir denken dabei an Asylzahlen, Sozialfälle, Pflegebedarf, die Nachfrage nach Kinderbetreuung und die Anzahl Kinder mit besonderem Unterstützungsbedarf. Im Rechnungsjahr 2019 hat dies vor allem die Kinderbetreuung und die sonderpädagogischen Massnahmen betroffen. Hier der Schule Vorwürfe zu machen ist nicht angebracht. Die Schule hat eine ganze Reihe gesetzlicher Aufträge zu erfüllen, die auf demokratischem Weg entstanden sind und damit dem Bedürfnis der Bevölkerung entsprechen. Nach Meinung der EVP-Fraktion tut sie das gut und auch kostenbewusst.

In Bezug auf das positive Resultat der Rechnung 2019 dürfen wir nicht vergessen, dass das Glück Wädenswil beiseite gestanden ist, wenn wir beispielsweise an die erhöhten Steuereinnahmen denken. Im laufenden wie auch im kommenden Jahr ist jedoch zu befürchten, dass wir in Wädenswil nicht mehr mit so viel Glück rechnen dürfen. Am Finanzhorizont bilden sich dunkle Wolken. Noch vermehrt wird man Schwerpunkte setzen müssen, was wichtig ist, damit die Gesellschaft langfristig gesund bleibt.

Mitglied der GRPK, Judith Fürst, SP: Wie bereits meine Vorredner gesagt haben, liegen die grössten Abweichungen zum Budget bei der Abteilung Schule und Jugend. Auch wir von der SP möchten uns dazu äussern, da es sehr grosse Diskussionen in der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission gegeben hat. Bei der Primarschule ist vor allem der personelle Mehraufwand bei den Lehrpersonen und im Bereich familienergänzende Betreuung aufgefallen. Auch die Pensionskassenkosten sind grösser ausgefallen als gedacht. Der SP ist es klar, dass dies Kosten sind, die nicht gross beeinflusst werden können und dort auch nicht gespart werden kann. Wenn es mehr Schüler gibt, benötigt es logischerweise auch mehr Lehr- und Betreuungspersonen. Zudem gibt es einiges mehr an Schulfläche, was wiederum zu mehr Kosten beim Unterhalt führt. Auch da kann die Abteilung Schule und Jugend nicht viel dafür für diese Zunahme der Kosten. Wir stellen fest, dass aber all die Mehrkosten im Budget hätten berücksichtigt werden können. Dass die Anzahl Schulkinder zunimmt, ist bekannt gewesen. Auch dass die Betreuungsangebote immer mehr von Familien genutzt werden, ist keine Überraschung. Auch die Pensionskassenkosten hätte man berücksichtigen können, wenn die Altersstruktur der Lehrpersonen angeschaut worden wäre. Es wäre darum wünschenswert, die Primarschule würde in diesen Bereichen besser vorausplanen und das kommende Budget genauer berechnen. Trotzdem muss gesagt werden, dass die Primarschule auch Kosten eingespart hat. So ist in mehreren Bereichen, wie zum Beispiel beim Schulpsychologischen Dienst, der Kleingruppenschule, Musikschule aber auch bei den Lehrmitteln das Budget entlastet worden. Gleichzeitig möchten wir darauf hinweisen, dass das Bereiche sind, die für unsere Jugend wichtig sind und dort auf keinen Fall bei Qualität und Quantität gespart werden darf.

Auch die Freizeitanlage hat zu reden gegeben. Auffallend sind die höheren Löhne wegen Krankheitsausfällen und die gleichzeitig schlechtere Auslastungszahl. Darum ist es jetzt dringend nötig, dass die neue Dienststelle Soziokultur über die Bücher geht. Das Angebot der Freizeitanlage muss überdenkt und attraktiver werden. Die SP unterstützt die Arbeit der Freizeitanlage sehr und möchte auf die Wichtigkeit hinweisen. Es ist nicht nur ein lässiger kreativer Raum für die Bevölkerung, sondern auch ein Treffpunkt und ein Ort für sinnvolle Freizeitbeschäftigung. Wir möchten darum auf keinen Fall einen Abbau, sondern ein kreatives und modernes Angebot, das auch genutzt wird und die Kosten rechtfertigt.

Mitglied der GRPK, André Zürrer, SVP: In der Schule lernt man Lesen, Schreiben und Rechnen. Etwas, das wir eigentlich auch von der Leitung erwarten. Wir wollen nicht die Spitzenreiter bei den Ausgaben sein, sondern die Schülerinnen und Schüler bestmöglichst auf ihre weitere Zukunft vorbereiten. Wissen kann man nicht kaufen, sondern es muss erlernt werden mit den möglichen Ressourcen, die auch bezahlbar und in der Region vergleichbar sein müssen.

Wie Sie aus dem Bericht der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission entnehmen können, verzeichnet die Primarschule massive Budgetabweichungen und ein schlechtes Kostenbewusstsein. Dies hat zu langen Diskussionen in der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission geführt, was sich auch im Bericht niederschlägt. Bereits in früheren Jahren hat die Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission immer wieder in ihren Berichten darauf hingewiesen, dass dies nicht länger akzeptiert werden kann, leider ohne Erfolg.

Die SVP-Fraktion sieht es als ihre Pflicht, dies nun zum Anlass zu nehmen, um gemeinsam die Probleme zu lösen. Mögliche Mittel und Wege dazu hat die Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission schon verschiedentlich aufgezeigt. Beispielsweise sind bei der Verabschiedung des Budgets 2020 CHF 60'000.-- für externe Beratungen zur Effizienzsteigerung der schulischen Strukturen gesprochen worden. Jetzt fordern wir die Abteilung auf, das vom VSA angebotene Monitoring für eine qualitative und quantitative Analyse in Anspruch zu nehmen. Das sind keine Floskeln, sondern ernst zu nehmende Handlungsgebote. Wir verstehen die Ablehnung der Rechnung der SVP als einen "Schuss vor den Bug", damit der Ernst der Lage auch wirklich von allen endlich verstanden wird. Es ist nicht möglich, das Rechnungsergebnis einer einzelnen Abteilung abzulehnen, sondern nur das Gesamte. Ich gehe davon aus, dass der Gemeinderat die Gesamtrechnung nicht ablehnen wird. Aber die Unzufriedenheit im Gemeinderat wächst. Wir erwarten, dass nun endlich die Hausaufgaben gemacht werden und wir bis zum Budget 2021 wieder positiv in die Zukunft schauen können.

Stadtrat Finanzen Walter Münch: Bevor ich auf die Rechnung 2019 eingehe, möchte ich die Gelegenheit benützen, allen steuerpflichtigen Personen, dem Gewerbe und den Unternehmen zu danken, dass sie in Wädenswil zu Hause sind und hier ihre Steuerpflicht erfüllen. Nur so können wichtige Aufgaben und Investitionsprojekte in Wädenswil realisiert, die Ausbildung der jungen Generation sichergestellt und eine funktionierende Infrastruktur ermöglicht werden. Danken möchte ich auch der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission unter der Leitung von Christian Gross für die wie immer konstruktive Zusammenarbeit.

2019 war für die politische Gemeinde Wädenswil ein besonderes Jahr, auch in Bezug auf die Rechnung. Es ist die erste Rechnung nach dem Gemeindegemeinschaftszusammenschluss mit Schönenberg und Hütten und die erste nach dem neuen Rechnungslegungsmodell HRM2. Die gedruckte Version der Rechnung ist ein Werk von knapp 360 Seiten. Bei dieser Gelegenheit möchte ich mich herzlich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung danken. Trotz allen Corona-Massnahmen und den Team-Splittings konnte die Rechnung der Stadt wie immer zeitgerecht verabschiedet und dem Gemeinderat vorgelegt werden.

Die Rechnung schliesst mit einem Ertragsüberschuss von CHF 5.5 Mio. ab. Wie immer haben einige Abteilungen das Resultat übertroffen, während andere Abteilungen ein schlechteres Resultat vorweisen als budgetiert. Die ist bereits in einigen Voten angesprochen worden. Der geplante Überschuss von CHF 6.9 Mio. wurde zwar um CHF 1.4 Mio. verfehlt. Die Differenz von CHF 1.4 Mio. entspricht bei einem Gesamtaufwand von CHF 197.0 Mio. aber nur einer Abweichung von 0.7%. Aufgrund der besonderen Umstände und der damit verbundenen Unsicherheiten ist dies aus meiner Sicht eine sehr hohe Budgetgenauigkeit, wenn nicht eine Punktlandung. Mit besonderen Umständen meine ich einerseits das Zusammenführen der Budgets von drei Gemeinden und das neue Rechnungsmodell. Positiv erwähnen

möchte ich auch, dass die Steuerkraft in Wädenswil weiter gestiegen ist und wir uns mehr Sachen aus eigener Kraft leisten können. Die verzinslichen Schulden konnten abgebaut werden. Wir haben einen höheren Selbstfinanzierungsgrad erzielt und die Nettoschuld pro Einwohnerin und Einwohner konnte reduziert werden. Es sind also verschiedene Faktoren, die zu diesem Resultat geführt haben.

Deutlich tiefer als im Budget angenommen fiel die Nettobelastung im Bereich der Sozialversicherungen sowie der gesetzlich wirtschaftlichen Hilfe aus. Hier gründet der Rückgang unter anderem auf einem aussergewöhnlich tiefen Anteil an neuen Personen, die als Asylbewerber Anspruch auf diese Unterstützung haben. Wie bereits erwähnt, ist der Personalaufwand um CHF 1.8 Mio. höher als budgetiert ausgefallen. Dies vor allem durch höhere Kosten bei der Schule und im Alterszentrum Frohmatt. Erfreulich ist, dass die Fiskalerträge wesentlich gestiegen sind. Aufgrund der Steuern aus dem laufenden und dem Vorjahr konnten CHF 5.4 Mio. mehr eingenommen werden als budgetiert. Die tieferen Quellensteuern haben natürlich zu Buche geschlagen. Die Einnahmen dazu werden abnehmen. Weil wir jedoch mehr Steuern aus eigener Steuerkraft erzielen, haben wir entsprechend weniger Ressourcenausgleich. Positiv ist, dass die Steuerkraft in Wädenswil gegenüber dem Vorjahr um CHF 93.-- auf CHF 3'415.-- pro Einwohnerin und Einwohner gestiegen ist.

In der Investitionsrechnung des Verwaltungsvermögens wurden CHF 22.3 Mio. als Ausgaben verbucht, CHF 7.5 Mio. weniger als budgetiert. Nicht weil etwas gestrichen worden ist, sondern weil das eine oder andere Projekt später gestartet wurde. Das eine betrifft die Schulanlage Glärnisch, bei der erst im Januar begonnen wurde und das andere die Sanierung der Kinderkrippe, die sich verzögert. Wie im Vorjahr haben wir aber wesentlich mehr Einnahmen aus Wasser- und Abwasseranschlussgebühren. Diese entlasten die Investitionsrechnung um CHF 1.2 Mio. Der Selbstfinanzierungsgrad liegt bei 69%, anstelle von 48%. Damit senkt sich die Nettoschuld pro Einwohnerin und Einwohner auf CHF 197.--.

Bei der Investitionsrechnung des Finanzvermögens ist weiterhin das Projekt Werkstadt Zürisee matchentscheidend. Es wurden Parzellen im Umfang von CHF 15.0 Mio. verkauft. Dies hat wesentlich geholfen, dass die verzinslichen Schulden von CHF 131.2 Mio. auf CHF 109.5 Mio. abgebaut werden konnten.

Ich möchte mich noch zu den finanzpolitischen Zielen der Stadt Wädenswil äussern. Mit dem Finanz- und Entwicklungsplan hat sich der Stadtrat unter anderem folgende finanzpolitischen Ziele gesetzt:

- Selbstfinanzierung der laufenden Aufwendungen und Investitionen
- Kontinuierliche Steuerfussentwicklung
- Kostendeckende Verursacherfinanzierung Eigenwirtschaftsbetriebe
- Mittelfristiger ausgeglichener Haushalt

Das Ziel bei der Finanzierung der laufenden Aufwendungen und Investitionen ist, dass der Cash-Flow im Steuerhaushalt mindestens CHF 10.0 Mio. pro Jahr beträgt. Im 2019 lag der Selbstfinanzierungsgrad bei CHF 15.0 Mio. Dieses Ziel ist somit erfüllt worden, weil wir weniger Nettoinvestitionen und auch die Spezialfinanzierungen ein gutes Resultat gehabt haben.

Wie Sie wissen, wurde der Steuerfuss bei 85% belassen, um Kontinuität zu erreichen. Bei der kostendeckenden Verursacherfinanzierung der Eigenwirtschaftsbetriebe ist es ein Ziel, dass die Ver- und Entsorgungsbetriebe unter der Berücksichtigung der Kapitalfolgekosten alles dem Verursacher belasten. Die Nettoschuld der Eigenwirtschaftsbetriebe soll pro Kopf bei CHF 2'000.-- begrenzt sein, aber auch das Nettovermögen sollte CHF 2'000.-- pro Einwohnerin und Einwohner nicht übersteigen. Alle Eigenwirtschaftsbetriebe konnten das Ziel einhalten. Der mittelfristige Haushaltsausgleich wird über acht Jahre definiert. Wir haben drei Rechnungsjahre, das laufende Jahr, das Budgetjahr und drei Planjahre. Hier ist das Ziel, dass der mittelfristige Haushalt eingehalten ist, wenn das zweckfreie Eigenkapital den Wert von CHF 50.0 Mio. nicht unterschreitet. Ende 2019 haben wir ein zweckfreies Eigenkapital von CHF 82.0 Mio. Auch hier wurde das Ziel erfüllt.

Ich komme zur Revision der Rechnung. Dank dem korrekten Arbeiten der Verwaltung hat auch unsere Revisionsstelle, die Firma BDO, der Stadt Wädenswil ein gutes Zeugnis ausgestellt und bestätigt, dass die Jahresrechnung per Ende Dezember 2019 den gesetzlichen Vorschriften entspricht.

Zum Schluss bitte ich den Gemeinderat im Namen des Stadtrats, die Jahresrechnung 2019, die Sonderrechnungen, die Berichte zu den Leistungsaufträgen mit Globalbudgets der politischen Gemeinde zu genehmigen.

(Lukas Wiederkehr verlässt den Bock)

Lukas Wiederkehr, CVP: Ich erinnere mich noch gut daran, dass das Budget 2019 der Stadt Wädenswil zum Zeitpunkt der Erstellung einer Wundertüte geglichen hat. Es sind grosse Veränderungen angestanden, die die Jahresrechnung grundlegend beeinflusst haben. Per Jahresbeginn ist der Gemeindegemeinschaftszusammenschluss mit Hütten und Schönenberg erfolgt, zudem ist die Rechnungslegung von HRM1 auf HRM2 umgestellt worden, was der Bilanzleser vor weitere Schwierigkeiten gestellt hat. Neu gibt es beispielsweise interne Verrechnungslogiken und Änderungen bei den Abschreibungsgrundsätzen.

Dass es mit der Rechnung 2019 keine Punktlandung geben kann, ist darum zu erwarten gewesen. Das um CHF 1.4 Mio. schlechtere Resultat als budgetiert, ist erheblich und darf nicht auf die leichte Schulter genommen werden, was wir vom Stadtrat auch nicht erwarten.

Dass nun auf einzelne Abteilungen geschossen wird, ist auch absehbar gewesen. Wir von der CVP finden das nicht ganz weitsichtig und fair. Klar kann im Nachhinein immer besser budgetiert werden. Wir müssen auch sehen, dass gerade die Abteilung Schule und Jugend sehr stark von externen Einflüssen abhängig ist. Weiter merkt man, wenn man sich damit beschäftigt, dass ein Wandel stattfinden und bei den Leuten der Drive da ist. Strukturen werden hinterfragt und eine Neuausrichtung findet statt. Auch die Dienststelle Soziokultur, die so nicht im Budget gewesen ist, ist ein Pilotprojekt und fairerweise muss diesem Zeit gelassen werden.

Noch ein weiterer Punkt zur Budgetgenauigkeit. Man weiss, dass die Krankentaggeldversicherung nicht überall flächendeckend bei den Arbeitnehmenden in Wädenswil eingesetzt

wird. Wenn eine Krankentaggeldversicherung abgeschlossen wird, wäre automatisch die Budgetierung des Personalaufwands genauer. Darum könnte man sich das schon mal überlegen. Ob es sich jedoch lohnt und ob die Prämien oder der Ausfall günstiger sein werden, ist eine andere Frage. Wir erwarten vom Stadtrat eine periodische Analyse und dass er sich immer wieder entscheidet, welche Strategie gefahren wird.

Die CVP-Fraktion möchte den Blick auch noch in die Zukunft richten. Wir haben grossen Respekt vor den finanziellen Folgen der ausserordentlichen Situation rund um Covid-19. Spätestens im 2021 werden die Einnahmen aus dem kantonalen Steuerausgleich drastisch sinken und weiter ist absehbar, dass die Steuerkraft, die jetzt zugenommen hat, von den Wädenswiler Steuerzahler aufgrund der wirtschaftlichen Situation wieder sinken wird. Wir erwarten vom Stadtrat, dass er frühzeitig Massnahmen einleitet und bereits Lösungen bereithält, damit wir nicht in finanzielle Schieflage geraten.

Die CVP ist für das Eintreten auf die Rechnung 2019.

Mitglied der GRPK, Ulrich Reiter, Grüne: Die Gesamtrechnung schliesst mit einem Plus von rund CHF 5.5 Mio. ab. Unter der Berücksichtigung der genannten Sondereffekte ist es insgesamt ein sehr durchzogenes Resultat. Ohne die Sonderzahlung des Kantons von CHF 7.6 Mio. würde die Rechnung um CHF 2.0 Mio. schlechter abschneiden als budgetiert. Auch die Verzögerung der Investitionsvorhaben beschönigen die Ergebnisse 2019.

Wir sind uns bewusst, dass wie bereits in den vergangenen Jahren die Abteilung Schule und Jugend wesentlich zu dieser Abweichung beigetragen hat. Die Schule und die Ausbildung von Kindern und Jugendlichen ist jedoch ein wesentliches Fundament unserer Gesellschaft, da wir es uns etwas kosten lassen. Wir als Grüne haben das immer unterstützt und werden das auch weiterhin tun. Qualität hat und soll ihren Preis haben. Es scheint jedoch, dass für die Qualitätssicherung und das Qualitätscontrolling unzureichende Werkzeuge eingesetzt worden sind bzw. nicht zur Verfügung stehen. Daher wollen wir da genauer hinschauen. Der Kanton bietet eine breite Palette an Werkzeugen an, die sich als sinnvoll erweisen könnten, ein Qualitätscontrolling durchzuführen und dieses zu verbessern. Der Einsatz der Werkzeuge scheint jedoch in der Vergangenheit nicht konsequent eingesetzt worden zu sein. Da fordern wir die Abteilung Schule und Jugend sowie die Schulpflege auf, von den vorhandenen Werkzeugen Gebrauch zu machen und das im Sinne einer Qualitätssicherung auch auszubauen. Aus unserer Sicht sind das wichtige Massnahmen, um den Goodwill für eine qualitativ hochwertige Primarschule in Wädenswil zu halten.

Zur laufenden Rechnung der einzelnen Abteilungen und gleichzeitig die FLAG-Teilprojekte

Präsidiales, S. 102 ff.

Mitglied der GRPK, Cornelia Dätwyler, FDP: Im Namen von Martin Schlatter und mir möchte ich mich beim Stadtpräsidenten Philipp Kutter und der Stadtschreiberin Esther Ramirez für das Abteilungsgespräch bedanken. Sie haben alle unsere Fragen bestens beantwortet.

In der Abteilung hat es eine recht hohe Budgetüberschreitung von rund CHF 94'000.-- bei den Löhnen gegeben. Diese ist zum einen Teil auf die Mutterschaft einer Mitarbeiterin und zum anderen Teil auf Mehrleistungen des Personals im Zusammenhang mit dem Gemeindegemeinschaftszusammenschluss zurückzuführen. Auch in der Bibliothek ist es bei den Löhnen aufgrund einer Krankheit zu einer Budgetüberschreitung gekommen. Auffällig war auch, dass die Revisionskosten rund 40% höher als erwartet ausfielen. Die Revisionsstelle hat im Stundenansatz offeriert und die Aufwandschätzung war offenbar im Voraus kaum machbar gewesen. Dieser Umstand bietet sicher Anlass, dass man für die nächsten Revisionsarbeiten im Zusammenhang mit der Einholung von Offerten auch den Fokus auf mögliche kostengünstigere Lösungen legt. Entsprechende Vorkehrungen will man offenbar auch treffen, wie ich gehört habe.

Finanzen, S. 114 ff

Globalkredit Immobilien S. 329 - 331

Mitglied der GRPK, Judith Fürst, SP: Marco Kronauer und ich haben am 2. Juni 2020 mit genügendem Sicherheitsabstand die Abteilung Finanzen besucht. All unsere Fragen sind kompetent und ausführlich beantwortet worden. Wir bedanken uns auf diesem Weg nochmals bei Stadtrat Walter Münch, beim Leiter Finanzen Stefan Müller und beim Leiter Immobilien Frank Wadenpohl, für ihre Zeit.

Im Bericht der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission sind die Zahlen und Abweichungen erwähnt, ich werde heute nicht mehr im Detail darauf eingehen. Der Aufwand der Abteilung Finanzen liegt wie budgetiert bei rund CHF 6.3 Mio. Die Erträge der ordentlichen Steuern sind deutlich höher ausgefallen als budgetiert und fallen auch höher aus als in den beiden Vorjahren. Durch den tiefer ausgefallenen Ressourcenausgleich werden jedoch diese Mehreinnahmen wieder kompensiert. In den Erträgen ist ebenfalls der ausserordentliche Kantonsbeitrag von CHF 7.6 Mio. für den Gemeindegemeinschaftszusammenschluss und die etwas höhere Gewinnverteilung der ZKB enthalten.

In der Investitionsrechnung sichtbar ist auch das Darlehen von CHF 100'000.-- an den Verein Eisbahn, das der Stadtrat für die Umsetzung eines Betriebskonzepts genehmigt hat. Innerhalb der nächsten 10 Jahre soll das Darlehen zurückbezahlt werden.

Ich komme zu den Immobilien. Wie im Bericht der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission beschrieben, liegen die Erträge der Dienststelle im erwarteten Bereich. Der Aufwand liegt bei CHF 12.3 Mio. und somit um rund CHF 0.8 Mio. über dem Voranschlag. Bei den Immobilien im Finanzvermögen haben Lift- und Heizungsanlage ausserplanmässig restauriert oder ersetzt werden müssen. Das weil wegen zu wenig Personal die Instandhaltungen im letzten Jahr vernachlässigt worden sind. Bei den Immobilien im Verwaltungsvermögen ist der Aufwand rund CHF 700'000.-- über dem Budget. Auch da braucht die Instandhaltung vermehrt personelle Ressourcen. So hat nur schon der Schulraum um 10% zugenommen. Auch die zusätzlichen Flächen müssen gereinigt und unterhalten werden. Das führt unweigerlich zu mehr Arbeitsaufwand und somit zu Überstunden und zum Einsatz von zusätzlichem Personal.

Für den Umbau des Schulhauses Steinacher ist ein Containerprovisorium nötig gewesen, das wesentlich teurer geworden ist als budgetiert. Ursprünglich ist man davon ausgegangen, dass das Provisorium für vier Klassezimmer auf dem Hartplatz reicht und die restlichen Klassen im Schulhaus Ort untergebracht werden. Durch den hohen Anstieg an Schülerzahlen und somit auch Klassen hat jedoch das Schulhaus Ort diese Räumlichkeiten selber gebraucht. So hat es ein viel grösseres Provisorium mit genügend Klassenzimmern, Lehrerzimmern, und Gruppenräumen gebaut werden müssen. Statt ursprünglich 28 sind es dann 60 Container gewesen. Das Containerdörfli musste aufgrund der Grösse auf dem Rasen aufgestellt werden und dafür war ein Fundament notwendig, was natürlich nochmals zu einem Kostenanstieg geführt hat. Zusätzlich sind CHF 500'000.-- mehr in den Schulhausumbau investiert worden als ursprünglich budgetiert. Der Grund sind vorgezogene Instandsetzungen bei Böden und Wandschränken. Die Restaurationen wären mit Sicherheit in den nächsten Jahren angefallen, aber weil beim Umbau bereits das ganze Mobiliar draussen gewesen ist, hat man die leeren Schulräume genutzt, um Böden und Schränke zu ersetzen und Instand zu halten.

Planen und Bauen, S. 124 ff.

Globalkredite Planen und Bauen, S. 331 - 337

Mitglied der GRPK, Eric Schenk, CVP: Ulrich Reiter und ich haben im Juni 2020 die Abteilung Planen und Bauen besucht. Wir danken Heini Hauser und Rita Newnam für die Beantwortung der Fragen.

Die Rechnung 2019 schliesst mit einem Nettoaufwand von CHF 9.3 Mio. um CHF 0.5 Mio. besser als budgetiert ab. Aufgrund von unfallbedingten Abwesenheiten und Vakanzen mussten zusätzliche Springer eingestellt sowie Arbeiten an Dritte vergeben werden. Dies erklärt die Diskrepanz von CHF 0.05 Mio. zu den budgetierten CHF 0.45 Mio. in den Löhnen des Verwaltungs- und Betriebspersonal. Speziell zu erwähnen ist, dass es keine Taggeldversicherung gibt oder nur in ganz speziellen Fällen. Die Abwesenheiten konnten für drei Monate durch eine ehemalige Gemeindemitarbeiterin der Gemeinde Hütten besetzt werden. Des Weiteren gab es eine lange Unterbesetzung von 60%, da keine geeignete Person für die ausgeschriebene Stelle von 100% gefunden werden konnte. Die Stelle konnte mittlerweile 100% besetzt werden und so eine Angleichung der Stellenprozente stattfinden.

Die tiefen Abschreibungen bei den Strassen und Verkehrswegen lassen sich darauf zurückführen, dass die Strassensanierungen im Bilanzanpassungsbericht neu beurteilt und die Abschreibungsdauer der Anlagen verlängert worden sind.

Im Strassenwesen (Globalkredit) wurden die ursprünglich budgetierten Unterhaltsarbeiten nicht realisiert. Hierbei handelt es sich um einen Rahmenkredit, der aufgrund der fehlenden Vorbereitungen im Jahr 2018 nach einem Todesfall nicht voll ausgeschöpft wurde.

Wie Christian Gross bereits gesagt hat, ist dem FLAG-Bericht zu entnehmen, dass das Ziel "attraktives Stadtbild" gemäss Stadtrat nur knapp oder eben gar nicht erreicht wurde. Die öffentlichen Grünflächen nahmen zwar nicht ab, die naturnahen Flächen nahmen jedoch nicht zu.

Werke, S. 139

Globalkredite Werke S. 337 - 346

Mitglied der GRPK, Angelo Minutella, GLP: Ulrich Reiter und ich haben die Werke am 5. Juni 2020 besucht, anwesend waren Stadtrat Ernst Brupbacher, Leiter Werke Rolf Baumbach und Leiterin Controlling Monika Salzmann. Ich bedanke mich für die konstruktiven und aufschlussreichen Gespräche.

Obwohl Aufwände und Erträge deutlich über den budgetierten Werten liegen, zeigt sich die Gesamtrechnung sehr ausgeglichen und schliesst mit einem kleinen Verlust von CHF 0.19 Mio. ab. Auf Kontenebene fallen die Abweichungen Ist/Budget deutlich auf. Aufgrund der Systemumstellung auf HRM2 und der Eingemeindung von Hütten und Schönenberg hat das Budget nur ungenau erstellt werden können. Aus Gesamtsicht relativiert sich dieses Problem, weil die Kostenstellen ihre Kosten jeweils innerhalb der Werke weiterverrechnen.

Ich komme zu den wichtigsten FLAG-Zielen. Gasversorgung: Das Ziel "Erneuerung Gasleitungsnetzquote" ist mit 0.2% (von 53 km Gasleitungen) deutlich unter dem Richtwert von 1.5%. Einerseits ist das Gasleitungsnetz eher neu und somit kann die Erneuerungsquote auch über eine gewisse Zeit problemlos tief gehalten werden, andererseits versucht man aus Kostengründen den Ausbau immer parallel zu anderen Infrastrukturausbauten zu realisieren, dazu gab es aber 2019 wenig Gelegenheiten. Das Ziel "tiefe Gaspreise" gegenüber dem gesamtschweizerischen Durchschnitt wurde erreicht, trotz einem Biogasanteil im Standardprodukt. Der Biogasanteil ist mit der Einführung in das Standardprodukt auf 10% erhöht worden, wodurch auch dieses Ziel von mindestens 10% erreicht wurde. Für das Jahr 2020 hat sich der Biogasanteil auf 23% verbessert, wobei Biogas im In- und Ausland eingekauft wird.

Zur Wasserversorgung: Das Ziel "Erneuerungsquote" entspricht mit 1.66% (von 174 km Wasserleitungen) fast der Empfehlung des Schweizerischen Vereins des Gas- und Wasserfachs. Das Ziel "Wasserverlustquote" ist mit 7.24% deutlich tiefer als der schweizerische Durchschnitt von 13.8%. Hingegen ist das Konto der Spezialfinanzierung mit 150% deutlich über der Bandbreite von 75% bis 100%. Das bedeutet, dass diesbezüglich eine Tarifierung zugunsten der Kunden gemacht werden müsste. In Anbetracht vom risikobehafteten Schönenberger Leitungsnetz will man zuerst aber mit dem Finanzplan das Investitionsvolumen in den nächsten Jahren ermitteln, bevor über eine Tarifierung entschieden wird.

Sicherheit, S. 153 ff.

Globalkredit Sicherheit S. 346 - 348

Mitglied der GRPK, André Zürrer, SVP: Am Dienstag, 9. Juni 2020, sind Cornelia Dätwyler und ich zur Beantwortung der Fragen von der Abteilung Sicherheit und Gesundheit empfangen worden. Es freut mich sehr, dass Sebastian Epp in der Zwischenzeit wieder gesund ist. Krankheitshalber konnte Sebastian Epp leider nicht an dieser Sitzung teilnehmen und somit sind die Fragen von Stadtrat Jonas Erni beantwortet worden, was die Beantwortungen nicht wirklich beeinträchtigt hat. An dieser Stelle herzlichen Dank für die Beantwortungen und das gute Gespräch.

Die Budgetposten sind grossmehrheitlich eingehalten worden. Es zeigt sich eine kleine Unterschreitung des budgetierten Betrags in den beiden Bereichen. Die grössten Kosten sind nach wie vor bei der Stadtpolizei und dem Gesundheitswesen. Die Details entnehmen Sie bitte dem Bericht Sicherheit und Gesundheit. Über alles gesehen wurde gut budgetiert und das Budget ist in beiden Bereichen eingehalten worden. Wegen der Einführung von HRM2 ist es leider nicht möglich einen Vergleich mit dem Jahr 2018 zu erstellen.

Schule und Jugend, S. 171 ff.

Globalkredit Freizeitanlagen S. 350 - 352

Mitglied der GRPK, Ulrich Reiter, Grüne: Am Montag, 8. Juni 2020, haben Angelo Minutella und ich die Abteilung Schule und Jugend besucht. Vielen Dank an Stadträtin Alexia Bischof und ihre Mitarbeitenden Patrick Weil, Eva Soland und Aurel Greter für die Beantwortung der Fragen.

Wie Sie der Rechnung 2019 und dem schriftlichen Bericht der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission entnehmen können, hat die Primarschule Wädenswil dieses Jahr die Budgetvorgaben verfehlt und liegt mit CHF 2.5 Mio. oder rund 6.6% über dem geplanten Aufwand bei CHF 44.8 Mio. Die detaillierten Abweichungen können Sie dem Bericht der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission entnehmen. Aus dem Abteilungsbesuch und weiterführenden Gesprächen und Recherchen sind die Gründe für die im Antrag detailliert aufgeführten Abweichungen im Wesentlichen unter folgenden zwei Gesichtspunkten zusammengefasst:

- Auf der einen Seite sind es strukturell bedingte Abweichungen bei denen es in Zukunft das Ziel sein muss, die Budgetgenauigkeit zu erhöhen und das Kostencontrolling zu verbessern. Zunehmende Schülerzahlen führen insgesamt zu steigenden Ausgaben wie beispielsweise bei den Lehrerlöhnen. Das heisst, wir werden künftig weiterhin mit steigenden Kosten bei der Schule rechnen müssen, was auch entsprechend budgetiert werden muss. Eine verbesserte Berücksichtigung der Pensionskassenbeiträge oder eine bewusste Abweichung bei den kantonalen Lohnvorgaben führen dazu, dass die Budgetgenauigkeit verbessert wird. Die kantonalen Zahlen basieren immer auf den Vorjahreswerten für die Anzahl Schulkinder. Das heisst, bei steigenden Kinderzahlen wird entsprechend immer zu hoch budgetiert. Darüber hinaus sind bei der externen Betreuung ca.

140 Kinder zu wenig budgetiert worden. Das führt ebenfalls zu entsprechenden Abweichungen in der Rechnung von einer knappen halben Million. Dass der Kostendeckungsgrad dabei gleichzeitig abgenommen hat, ist jedoch schwer nachvollziehbar. Ein entsprechendes Controlling soll helfen, frühzeitig Gegensteuer zu geben. Eine Anpassung der Elternbeiträge wäre auf die neue Budgetperiode möglich. Weiter müssen wir die stark steigenden Kosten bei den Liegenschaften im Auge behalten. Das haben Sie von meiner Kollegin Judith Fürst bereits gehört. In den letzten zwei Jahren haben die Aufwendungen für zusätzliche Liegenschaften die Kosten um rund CHF 1'700.-- pro Jahr und Kind erhöht. Ein Kostenwachstum von mehr als 10%. Dies führt ebenfalls zu einer Abweichung von rund einer halben Million. Hier ist der Gesamtstadtrat aufgefordert, entweder neue kostenreduzierende Lösungen aufzuzeigen oder aber auch da die Budgetgenauigkeit zu erhöhen.

- Neben den strukturellen Themen aufgrund steigender Schülerzahlen sind aber auch andere Faktoren besser zu berücksichtigen. Ein erster Vergleich von verschiedenen Kennzahlen mit anderen Gemeinden des Bezirks lässt darauf schliessen, dass insbesondere bei der Anzahl der sonderpädagogisch betreuten Kinder genauer hingeschaut werden muss. Die starke Zunahme in den vergangenen drei Jahren lässt sich aus den uns vorliegenden Indikatoren nicht vollständig begründen. Insbesondere, da die Kosten pro Sonderschüler in der Vergangenheit gesenkt werden konnten und auch die Kosten pro Regelschüler ohne den Immobilienanteil konstant geblieben sind. Das ist ein sehr wichtiges Signal auch im Hinblick auf die künftige Budgetdebatte.

Neben den genannten Punkten gibt es weitere positive und negative Budgetabweichungen, die dem Bericht entnommen werden können. So hat beispielsweise der Schulpsychologische Dienst das Resultat übertroffen. Es ist auch in den anderen Bereichen wichtig, die Kosten konsequent im Auge zu behalten. Die Altlasten, wie beispielsweise bei der Freizeitanlage, sind vollständig zu bereinigen.

Mitglied der GRPK, Angelo Minutella, GLP: Albert Einstein hat einmal gesagt: „Wahnsinn ist, immer wieder das Gleiche zu tun und andere Ergebnisse zu erwarten“. Seit bald 10 Jahren winken sie, liebe Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, das Budget der Freizeitanlage durch, das mittlerweile ein Nettoaufwendungsloch von CHF 750'000.-- verursacht. Sie haben bisher argumentiert, dass diese Dienststelle durchaus einen sozialen Aspekt hat. Eine Dienststelle notabene, die im Jahr 2019 in 10 Räumen, 123 Kurse für 526 Teilnehmer durchgeführt hat. Pro Raum und pro Jahr sind das ungefähr 12 Kurse. Ich muss Sie fragen, ob es nicht sozialer gewesen wäre, jedem Kursteilnehmer einen CHF 1'500.- Migrosclub-Weiterbildungsgutschein in die Hand zu drücken. Mit demselben Betrag hätten wir aber auch problemlos zwei Jahre lang über 160'000 Hallenbadtickets subventionieren oder das Budget für Kulturförderung, z.B. Theater Ticino, Jugendmusik, Kulturgarage etc., verdreifachen können. Die Beiträge an die Sportvereine hätten wir sogar vervierfachen können. Wie Sie sehen, hätten wir durchaus ein paar interessante Alternativen finanzieren können. Ich frage Sie auch, vor allem die SP und CVP, ob es sozial ist, eine Gesamtlohnsumme inkl. aller Arbeitgeberbeiträge von CHF 700'000.-- für 4.9 Stellenprozente aufzuwenden. Ist es sozial, Löhne der Lohnklasse 17 zu zahlen? Eine Lohnklasse, die beispielsweise reserviert ist für Leiter von Pflegeabteilungen, Gefängnisverwalter, Steuerkommissär, Gerichtsschreiber und wissenschaftliche Mitarbeiter.

Liebe Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, Sie haben im 2018 einer zweijährigen Übergangszeit zugestimmt, bei der die Dienststelle Freizeitanlage in die Dienststelle Soziokultur eingegliedert wird. Das ist auch gut so, denn die Soziokultur hat sich der Jugendarbeit verschrieben und sie misst sich vor allem an der Verhinderung von Vandalenakte durch Jugendliche und der sozialen Integration von Jung und Alt.

Als Mitglied der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission muss ich Ihnen aber leider berichten, dass die Integration der Dienststelle Freizeitanlage in die Soziokultur ungenügend ist. Es reicht nicht, nur die Lohnklasse 17 zu eliminieren, sondern es müssen vom Dienststellenleiter Soziokultur weitere mutige und radikale Entscheidungen getroffen werden, damit die finanziellen und personellen Ressourcen auch für die Soziokultur eingesetzt werden können und nicht in der Freizeitanlage verpuffen.

Hoffen Sie eigentlich weiterhin, dass in diesem Covid-Jahr das Experiment Freizeitanlage gelingen könnte und ein besseres Ergebnis zu erwarten ist? Der Dienststellenleiter Soziokultur, der diesen Wahnsinn geerbt hat, verdient aber eine echte Chance und dafür braucht er 200% Unterstützung von der Stadträtin Schule und Jugend.

Ich garantiere Ihnen, dass die Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission auch im kommenden Jahr ein genaues Auge auf die Mittelverwendung werfen wird. Ich bitte Sie, liebe Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, liebe Stadträte, liebe CVP und SP, wenn die Übergangsphase, die genau in 6 Monaten endet, keine entscheidende Kosten-Nutzen Verbesserungen bringt, dass Sie diese finanziellen Mittel zweckmässiger einsetzen.

Stadträtin Schule und Jugend Alexia Bischof: Wir von der Schule haben Ihre Voten, Ihr Lob und Ihre Nichtabnahme der Rechnung 2019 der SVP zur Kenntnis genommen. Die Message ist angekommen. Nicht erst jetzt, sondern bereits seit meinem Amtsantritt. Es ist jedoch keinesfalls so, dass es uns egal ist, wenn wir steigende Kosten haben. Nein, wir nehmen den Auftrag ernst und sind mit der Abteilung Finanzen daran, die Sache auszulegen und unsere Zahlen mit anderen Schulgemeinden zu vergleichen. Ganz so einfach ist es aber leider nicht. Am 3. Februar 2020 haben wir mit der ersten Sitzung gestartet. Seit der Budgetabnahme sind genau auf den Tag sieben Monate vergangen und auch wir haben zwei Monate Corona-Unterbruch gehabt. Doch genau Ihr, liebes Parlament, wisst, wie lange es manchmal dauert. Also wird sind daran und ich hoffe ganz fest, dass wir die entsprechenden Rädchen finden, damit die Finanzen in der Schule bei einem Betrag stagnieren oder wir an einem Ort oder an mehreren Orten etwas finden, wo die gewünschten Einsparungen gemacht werden können. Aber ehrlich gesagt gerne ohne Leistungsabbau.

In diesem Sinne beantrage ich mit der gesamten Schulpflege die Budgetabnahme auch von der Primarschule in der Bildungsstadt Wädenswil halt nur mit einer 4.5 anzunehmen.

Ich habe noch etwas zur Soziokultur. Lassen Sie das Team jetzt bitte Arbeiten. Der Pilot hat noch nicht so lange gestartet. Vielleicht erhöhen Sie mein Pensum heute Abend auf 100%. Dann geht es auch noch ein bisschen schneller wenn ich 200% Einsatz geben soll.

Gesundheit, S. 182 ff.
Globalkredit Bäder S. 348 - 350

(Mitglied der GRPK, André Zürrer, SVP, erklärt, bereits alles erwähnt zu haben.)

Soziales, S. 186 ff.
Globalkredite Soziales S. 352 - 355
Globalkredit Alterszentrum Frohmatt, S. 356 - 358

Mitglied der GRPK, Marco Kronauer, SVP: Am 27. Mai 2020 haben ich und Judith Fürst die Abteilung Soziales besucht. Danke an Markus Morger und Astrid Furrer für ihre Auskünfte.

Der Nettoaufwand in der Abteilung Soziales ist mit CHF 22.4 Mio. um CHF 2.2 Mio. tiefer als budgetiert. Allein bei den Ergänzungsleistungen zur IV und AHV liegen die Einsparungen bei rund CHF 2.3 Mio. Wie schon beim Budget 2020 festgestellt, können in diesem Bereich durch zusätzliche Stellen und Springereinsätze massiv Kosten eingespart werden. Zu viel ausbezahlte Beträge werden zwar zurückgefordert, ist jedoch oftmals sehr zeitaufwendig oder gar nicht mehr möglich. Die vorgängige Überprüfung ist in jedem Fall sinnvoller. Weiter ist momentan die Situation in der Abteilung Soziales aufgrund der Coronakrise sicher eine Herausforderung, da in Zukunft wohl mit steigenden Kosten im Bereich der gesetzlichen wirtschaftlichen Hilfe gerechnet werden muss. Gemäss Markus Morger wird bis im 2022 mit einer Fallzunahme von bis zu 30% gerechnet, was nebst den effektiven Kosten auch mehr Personal benötigt.

Zur Frohmatt: Am 3. Juni 2020 haben ebenfalls ich und Judith Fürst das Alterszentrum Frohmatt besucht. Danke an Fabian Risler, Cristian Rentsch und Astrid Furrer für die Ausführungen.

Das Alterszentrum Frohmatt hat das Jahr 2019 mit einem Nettoertrag von CHF 0.3 Mio. abgeschlossen. Dieser Wert liegt mit CHF 1.7 Mio. tiefer, also deutlich unter den budgetierten CHF 2.0 Mio. Wie bereits im Bericht erwähnt, konnte die gewünschte Bettenauslastung von 97% nicht erreicht werden. Die tiefste Auslastung gab es im Haus Stollenweid mit nur gerade 85%. Gemäss Frohmatt ist in diesem Bereich der Fusionsprozess noch in vollem Gange und braucht mehr Zeit als angenommen. Für das Jahr 2020 sieht es jedoch bereits einiges besser aus.

Betreffend Investitionen gibt es zu erwähnen, dass weitere Investitionen im Haus Berg überdenkt werden. Zuerst möchte der Stadtrat aber eine Strategie festlegen, wie viele Betten und in welcher Form in Zukunft benötigt werden. Dazu sollten in nächster Zeit mehr Informationen von Seiten des Stadtrats kommen.

Im 2019 lag die Personalfuktuation über dem Mittel der letzten Jahre. Vor allem in den zentralen Diensten gab es einige Personen, die sich neu orientieren wollten und in der Demenzwohngruppe gab es einen Wechsel in der Leitung. Nebst der personellen Fluktuation liegen

auch die Krankheits- und Unfallabsenzen über dem angestrebten Ziel. Dies führt zu höheren Kosten für temporäres Personal.

Gemäss Frohmatt wurde bis jetzt die Corona-Zeit gut gemeistert. Das Gruppenleben hilft, dass die Bewohner nicht alleine und isoliert sind, sondern sich innerhalb der Wohngruppe weiter austauschen können.

Zur Investitionsrechnung, S. 288 ff.

(keine Wortmeldungen.)

Antrag der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission

Eine Mehrheit der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission beantragt dem Gemeinderat, die Jahresrechnung 2019, die Sonderrechnungen und die Globalkredite mit Berichten der FLAG-Teilprojekte der politischen Gemeinde zu genehmigen.

Schlussabstimmung

Der Rat verabschiedet die Jahresrechnung 2019, die Sonderrechnungen und die Globalkredite mit Berichten der FLAG-Teilprojekte 2019 grossmehrheitlich.

16.04.33

3 Abnahme des Geschäftsberichts des Stadtrats für das Jahr 2019

(Gemäss Art. 25 Abs. 2 Geschäftsreglement GR entfällt die Eintretensdebatte.)

Detailberatung:

(Keine Wortmeldungen.)

Antrag der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission

Die Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission beantragt dem Gemeinderat einstimmig, den Geschäftsbericht des Stadtrats für das Jahr 2019 zu genehmigen.

Schlussabstimmung

Der Rat genehmigt den Geschäftsbericht des Stadtrats für das Jahr 2019 einstimmig.

16.01

4. Antrag zur Einsetzung einer Spezialkommission für die Revision der Gemeindeordnung

Mitglied des Büros, Edith Höhn, SP: Aufgrund des neuen Gemeindegesetzes des Kantons Zürich, das seit 1. Januar 2018 in Kraft ist, muss die Gemeindeordnung (GO) der Stadt Wädenswil revidiert werden. Der Stadtrat hat seinen Entwurf anfangs Juni 2020 dem Gemeindeamt des Kantons Zürich zur Vorprüfung eingereicht. Nach dieser Vorprüfung wird der Stadtrat seinen Entwurf als Antrag dem Gemeinderat überweisen.

Unser Geschäftsreglement sieht die Möglichkeit vor, dass der Gemeinderat auf Antrag des Büro Gemeinderat die Bildung einer Spezialkommission mit 7 Mitgliedern beschliessen kann, die dann die Revision der Gemeindeordnung vorberaten wird.

Ursprünglich hat eine Mehrheit des Büros Gemeinderat im Juni beschlossen, von dieser Möglichkeit Gebrauch zu machen und dem Gemeinderat einen Antrag für eine Spezialkommission zu stellen. Als man erfahren hat, dass die Sachkommission in nächster Zeit evtl. nicht so ausgelastet ist, ist im Büro erneut darüber beraten worden, ob dem Gemeinderat Antrag für eine Spezialkommission gestellt werden sollte. Die Mehrheit des Büros hielt an ihrem Entscheid fest, auch um dem Gemeinderat eine demokratische Möglichkeit zu geben, über die Einsetzung einer Spezialkommission zu entscheiden.

Eine Minderheit des Büro spricht sich gegen die Schaffung einer Spezialkommission aus. Die Sachkommission sei eingespielt und verfüge über das nötige Know-how. Zwar stehen einige Zweckverbandsstatuten als Geschäfte für die Sachkommission an, doch könne dort praktisch nur ja oder nein gesagt werden und somit habe die Sachkommission wohl auch die nötige Kapazität, die GO-Revision zu behandeln.

Eine Spezialkommission soll nach Ansicht der Mehrheit des Büro Gemeinderat nicht die anderen Kommissionen entlasten. Vielmehr soll dem Rechnung getragen werden, dass die Revision der Gemeindeordnung neben klassischen Themen der Sachkommission auch das Wissen um die Aspekte des Bürgerrechts, den Finanzkompetenzen, und der Raumplanungskommission gefragt ist. Aus diesem Grund wäre es zu begrüessen, wenn nicht nur Mitglieder aus allen Fraktionen, sondern auch Vertreter von allen permanenten Kommissionen in dieser Spezialkommission Einsitz nehmen. Der Aufwand sollte nicht unterschätzt werden und durch die Mitglieder der Spezialkommission mit den nötigen Ressourcen gemacht werden.

Das Büro Gemeinderat beantragt dem Gemeinderat formell im Sinne von Artikel 81 Geschäftsreglement Gemeinderat:

1. Für die Revision der Gemeindeordnung wird eine Spezialkommission eingesetzt.
2. Die IFK wird damit beauftragt, dem Büro Gemeinderat Vorschläge über die Zusammensetzung der Spezialkommission zu unterbreiten.

Thomas Koch, FDP: Ich nehme es vorweg. Die FDP/GLP-Fraktion lehnt den Antrag zur Einsetzung einer Spezialkommission für die Revision der Gemeindeordnung einstimmig ab.

Mit der Sachkommission besteht bereits eine ständige Kommission, die zur Behandlung solcher Geschäfte geschaffen ist. Die Sachkommission weist ein gut eingespieltes und funktionierendes Team auf, das in der Vergangenheit schon mehrfach den Tatbeweis erbracht hat, dass es zur Findung von guten, von allen Parteien getragenen Lösungen fähig ist. In der Sachkommission ist bis anhin noch nie Parteipolitik, sondern immer Sachpolitik betrieben worden. Sachpolitik ist bei der Revision der Gemeindeordnung gefragt und angesagt. Wie bereits gehört, ist die Sachkommission zurzeit nicht überlastet und steht also per sofort bereit, mit der Beratung zur neuen Gemeindeordnung zu beginnen. Warum also eine Spezialkommission schaffen?

Im Antrag des Büro Gemeinderat steht, es brauche eine Kommission, die mit Mitgliedern mit den nötigen Ressourcen besetzt wird, weil der Aufwand nicht unterschätzt werden dürfe. Das mit dem Aufwand stimmt sicher. Wir verfügen aber nicht über eine Personalreserve von Gemeinderäten. Wir werden also keine designierten Spezialkommissionsmitglieder finden, die sonst nichts zu tun hätten und sonst mit keiner Kommissionsarbeit belastet wären. Es gibt also keine Gemeinderatsmitglieder, die unbeschränkt Ressourcen mitbringen. Das dürfte insbesondere für die Mitglieder der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission zutreffen, die im Herbst mit dem Budget so belastet sein dürften, wie sonst niemand. Die Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommissionsmitglieder aber sollten gemäss Antrag des Büros wegen ihren Finanzkompetenzen auch in der Spezialkommission Einsitz nehmen. Jedes Mitglied der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission, das heute der Schaffung einer Spezialkommission zustimmt, nimmt bewusst in Kauf, dass es sie/ihn trifft und sie/er sich für den Herbst für anderweitige nichtparlamentarische Aktivitäten eigentlich abmelden kann.

Das heute gehörte Argument des Büros, dass das Fachwissen sämtlicher Kommissionen in der Spezialkommission vertreten sein soll, sticht auch nicht. Einerseits sind die Sachkommissionsmitglieder nicht nur Sachkommissionsmitglieder und sonst gar nichts. Jedes Sachkommissionsmitglied verfügt über berufliche und persönliche Erfahrungen und Fachwissen. Zusammengenommen dürfte das ausreichend sein, um die neue Gemeindeordnung zu beraten. Das kombinierte Fachwissen in der Sachkommission ist bis heute in allen Geschäften, die die Sachkommission beraten hatte, ausreichend gewesen und die Sachkommission ist nicht dümmer geworden. Wenn es dann doch noch irgendwo fehlt, kann man immer noch punktuell auf die anderen Kommissionen zurückgreifen. Das haben wir bei der Vorlage zur Eingemeindung von Schönenberg und Hütten übrigens auch so gemacht. Auch dort ist eine Spezialkommission nicht für zielführend angesehen worden und es hat bestens geklappt.

Das Büro hat bei seinem Antrag offensichtlich nicht überlegt, dass eine funktionierende Spezialkommission nicht von heute auf morgen einsatzbereit ist. Spielen wir doch einmal gedanklich durch, was es auf der Zeitachse alles bis zur ersten Sitzung der Spezialkommission braucht. Wird heute eine Spezialkommission beschlossen, müssen in den Fraktionen zuerst einmal Kandidaten gefunden werden, die zu dem Zusatzeffort bereit sind und auch Zeit haben. Die nächsten Fraktionssitzungen zur Bestimmung der Kandidaten finden bekanntlich im August statt. Wahrscheinlich finden sich denn schon genügend Kandidaten, vielleicht sind

es sogar alle Sachkommissionsmitglieder, die ja Zeit hätten. Dann hätten wir aber einen Artikel in der Fasnachtszeitung auf sicher. Aber die Idee des Büro Gemeinderat ist ja, Mitglieder von verschiedenen ständigen Kommissionen in die Spezialkommission zu schicken. Es ist also eine vermutlich nicht konfliktfreie Absprache zwischen den einzelnen Fraktionen, ein Abgleichen der Kandidatenlisten notwendig. Es werden nicht alle freiwillige Kandidaten zum Handkuss kommen, weil ihre Stammkommission bereits übervertreten ist, dafür werden andere gezwungen werden, weil ihre Stammkommission in der Spezialkommission noch untervertreten ist. Jede und jeder, die/der heute der Schaffung einer Spezialkommission zustimmt und fraktionsintern schon als designierter Kandidat aufgestellt ist, kann nicht damit rechnen, dass sie oder er dann auch bestätigt wird. Und jede und jeder, die/der heute partout nicht will, weil keine Zeit vorhanden ist, muss damit rechnen, dass sie oder er es denn halt doch wird.

Kommen wir zum nächsten Schritt auf unserer Zeitachse. Jetzt muss die bereinigte Kandidatenliste aus den Fraktionen noch zur IFK. Es braucht eine IFK-Sitzung und einen Termin, der allen IFK-Mitgliedern passt. Die IFK wird den historischen Kompromiss umsetzen müssen, auf den sich alle Fraktionen verpflichtet haben. Nämlich, dass alle Kommissionen, und damit auch die Spezialkommission, nach dem Wählerproporz bestückt werden. Die Vorstellung des Büros, dass in der Spezialkommission ein Mitglied pro Fraktion sitzt, geht so nicht. Die IFK-Ausmarchung wird weniger ein Risiko für die grossen Fraktionen darstellen, sondern

eher für die kleineren, die heute ein Sachkommissionsmitglied stellen. Ich gehe davon aus, dass die EVP, welche in dieser Legislatur mit dem Malus von einem kommissionslosen Mitglied bedacht worden ist, einen Sitz in der Spezialkommission einfordern wird. Ob dann die CVP, die Grünen, das Forum/EDU als gleichgrosse Fraktionen über die Klinge springen müssen, wissen wir heute nicht. Jedes Mitglied der CVP, der Grünen und des Forums/EDU, das heute der Schaffung einer Spezialkommission zustimmt, muss in Kauf nehmen, dass es schlussendlich in der Spezialkommission nicht vertreten sein wird, heute in der Sachkommission jedoch schon.

Die nächste Station auf unserer kleinen Zeitreise. Das Ganze muss nun zurück ins Büro, da gemäss heutiger GO das Büro die Kandidaten wählt. Erst jetzt steht die Spezialkommission und wird sind bestenfalls irgendwo im September angelangt. Der Parcours ist aber noch nicht zu Ende. Die Spezialkommission muss sich noch konstituieren, es muss insbesondere noch eine Präsidentin oder ein Präsident bestimmt werden. Ich gehe davon aus, dass diejenigen unter uns, die die Fähigkeit und die Zeit haben, eine derart anspruchsvolle Funktion auszuüben, bereits in den Präsidien der ständigen Kommissionen parkiert sind. Jedes Gemeinderatsmitglied, das heute der Schaffung einer Spezialkommission zustimmt, muss in Kauf nehmen, dass es den Vorsitz der Spezialkommission übernehmen muss. Wir sind aber noch nicht fertig. Es braucht noch eine Kommissionsekretärin, die willens und fähig ist und Zeit hat, eine nicht einfache Aufgabe anzunehmen. Geeignete Personen können nicht einfach bei der Stadt herausgefasst werden, sondern müssen gesucht werden. Eine weitere Verzögerung ist vorprogrammiert, aber auch weitere Kosten. Zu guter Letzt noch braucht es eine Menge von kurzfristigen Sitzungsterminen, die allen gehen, den sieben Mitgliedern und der Protokollführerin. Es dürfte uns allen klar sein, dass das bei unseren Agenden, die mit Kommissions-, Fraktions- und Gemeinderatssitzungen schon prall gefüllt sind und wo auch noch Termine für Beruf, Familie, Hobbys, Vereine etc. eingetragen sind, nicht möglich sein

wird. Selbstverständlich könnte die Spezialkommission beispielsweise morgens ab 4 Uhr, also vor den normalen Bürozeiten, tagen. Das wird dann wohl so sein müssen, weil man als Gemeinderatsmitglied eh kein Schlaf braucht oder um den Schlaf gebracht wird, wenn man so Rechnungen wie heute abnehmen muss, ist das dann schon okay.

Zusammenfassend kann gesagt werden, wenn wir heute eine Spezialkommission einsetzen, begeben wir uns auf ein mühsames, kostspieliges, die Aufnahme der Kommissionarbeit verzögerndes, mit vielen Unsicherheiten und wohl auch einige Frustrationen gespicktes Abenteuer. Ein Abenteuer, das nicht einmal notwendig ist. Wie eingangs erwähnt, haben wir eine Sachkommission mit noch genügend Kapazitäten, mit fachkundigen Mitgliedern aus allen politischen Lagern, mit einer fähigen Präsidentin, mit einer geübten Kommissionssekretärin und mit bereits voreingestellten Sitzungsterminen. Also, warum machen wir uns das Leben so schwer? Geben wir die Revision der Gemeindeordnung doch dorthin, wo sie hingehört, nämlich in die Sachkommission.

Sandy Bossert, SVP: Viel sagen kann ich dazu nicht mehr. Thomas Koch hat bereits alle Argumente, die dafür oder dagegen sprechen, aufgezählt. Aus den erwähnten Gründen von Thomas Koch ist die einstimmige SVP gegen die Schaffung einer Spezialkommission. Die Sachkommission hat Zeit, Kapazität, das Know-how und es ist ein eingespieltes Team. Darum soll die Beratung der Gemeindeordnung in der Sachkommission stattfinden und keine Spezialkommission gegründet werden.

Urs Hauser, EVP: Vorher ist ein sehr ausführliches Plädoyer gegen die Spezialkommission geführt worden. Ein Aspekt ist dabei ganz leicht angetönt, aber nicht genauer beleuchtet worden. Dabei handelt es sich um den Aspekt der Vertretung der Fraktionen. Thomas Koch hat angetönt, dass die Fraktion der EVP rein von dem hergesehen, mit welcher Punktzahl sie gewählt worden ist, nur zwei Kommissionsitze hat. Wir haben keinen Sitz in der Sachkommission. Wir wären damit die einzige Fraktion, die an der Überarbeitung der Gemeindeordnung nicht beteiligt ist. Ich weise auch darauf hin, dass wir auch keinen direkten Zugang zum Stadtrat haben. Somit haben wir auch keinen Hintergrund, was im Stadtrat erarbeitet worden ist. Aus diesem Grund dürfte es klar sein, dass wir uns ganz klar für eine Sonderkommission einsetzen werden. Auch wenn wir als beratendes Mitglied zu den Sitzungen der Sachkommission eingeladen würden, hätten wir trotzdem kein Stimmrecht. Ich hoffe, dass Sie auch kleine Fraktionen, Fraktionen ohne Stadtrat, in die Arbeit miteinbeziehen.

Antrag des Büros Gemeinderat

1. Für die Revision der Gemeindeordnung wird eine Spezialkommission eingesetzt.
2. Die IFK wird damit beauftragt, dem Büro Gemeinderat Vorschläge über die Zusammensetzung der Spezialkommission zu unterbreiten.

Schlussabstimmung mit Stimmenzähler

Der Rat lehnt den Antrag des Büros Gemeinderat zur Einsetzung einer Spezialkommission grossmehrheitlich ab.

36.05.30

5. Postulat der Fraktion der Grünen, vom 31. Mai 2020, betreffend eine Busverbindung zwischen Aamüli, Horgen und Hintere Rüti, Wädenswil; Begründung

Patrick Höhener, Grüne: Das vorliegende Postulat wurde durch Claudia Bühlmann sehr verständlich formuliert und allzu viel zu sagen gibt es aus meiner Sicht nicht mehr. Ich fange aber doch mit einer Behauptung an. Wenn Wädenswil und Horgen nicht zwei selbständige Gemeinden wären, dann wäre dieses Postulat zum heutigen Zeitpunkt kaum notwendig, weil die ÖV-Verbindung, um die es hier geht, wahrscheinlich schon länger existieren würde. Um keine Missverständnisse aufkommen zu lassen, strebe ich keine weitere Fusion mit Horgen an, aber neben der politischen Ordnung gibt es auch noch andere Realitäten und Tatsachen, die nicht ignoriert werden dürfen.

In den letzten Jahren ist im Gebiet Waldegg in Horgen viel gebaut worden, viele neue Häuser sind dazugekommen. Auch das Gebiet in der Hintere Rüti in Wädenswil hat sich ebenfalls stark verändert. Wie ihr alle wisst, sind verschiedene Einkaufsmöglichkeiten dazugekommen, neue Gewerbezone sind entstanden und andere sind verändert worden. Zusätzlich wird in den nächsten Jahren auch die Mittelschule ganz in der Nähe angesiedelt. Dies alles wird zu einem erhöhten Pendleraufkommen führen, das unbedingt mit einem attraktiven ÖV-Angebot bewältigt werden soll.

Es geht hier letztlich um das Überwinden von Grenzen, konkret um Grenzlinien, die aus politischer Sicht zwar relevant sind, jedoch in der gesellschaftlichen Realität total überholt und antiquiert wirken. Dass es anders geht, wissen wir alle. Unten am See und ganz oben, im Berg, existieren diese ÖV-Grenzen schon lange nicht mehr. Wie den Medien entnommen werden konnte, war eine solche Busverbindung schon im Jahr 2007 bereits einmal ernsthaft diskutiert worden. Es sind jetzt 13 Jahre her und in dieser Zeit ist einiges passiert und es hat sich einiges verändert. Es wäre wünschenswert, wenn das Postulat nicht in der Schublade versenkt würde.

Stadtrat Planen und Bauen Heini Hauser: Der Stadtrat ist bereit, das Postulat entgegenzunehmen.

(Auf Nachfrage von Gemeinderatspräsident Ernst Grand wünscht Urs Hauser, EVP, eine Diskussion).

Urs Hauser, EVP: Ich bin schon etwas erstaunt, dass der Stadtrat das Postulat so entgegennimmt. Vielleicht ist es ein Freudscher Versprecher gewesen, dass der Präsident von einer Busverbindung von der Aumüli in die Hintere Rüti gesprochen hat [bei der Ankündigung des Traktandums wurde anstelle von Aamüli von Aumüli gesprochen]. Wenn er die Müli auf der Seite lässt, ist er auf dem richtigen Weg. Bevor wir von einer Busverbindung von der Aamüli in die Hintere Rüti sprechen, sind wir der Meinung, dass die Verbindung von der Hintere Rüti zum Bahnhof Au wirklich geschaffen werden müsste. Dort hat es viel mehr Leute, die den Bus benutzen könnten.

Das Postulat betreffend eine Busverbindung zwischen Aamüli, Horgen und Hintere Rüti, Wädenswil gilt als an den Stadtrat überwiesen.

(Gegen die formelle Abwicklung der Ratsgeschäfte werden auf entsprechende Frage des Gemeinderatspräsidenten keine Einwände erhoben.)

(Gemeinderatspräsident Ernst Grand schliesst die Sitzung.)

Ruth Schäfer, Ratssekretär-Stv.